

Martin Freytag

Vermögensstrennung bei True Sale Verbriefungen

Die insolvenzferne Ausgestaltung von
Verbriefungszweckgesellschaften de lege lata
und de lege ferenda unter Berücksichtigung
des luxemburgischen Rechts



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 985

Martin Freytag

Vermögensstrennung bei True Sale Verbriefungen

Die insolvenzferne Ausgestaltung von
Verbriefungszweckgesellschaften de lege lata
und de lege ferenda unter Berücksichtigung
des luxemburgischen Rechts



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2020

u.d.T.: Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen. Die insolvenzferne Ausgestaltung von Verbriefungszweckgesellschaften im Rahmen von True Sale Verbriefungen de lege lata und de lege ferenda unter Berücksichtigung des luxemburgischen Verbriefungsrechts.

ISBN 978-3-8487-7921-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2309-1 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Diese Arbeit wurde im Sommersemester 2020 an der juristischen Fakultät der Universität Regensburg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurde das Manuskript geringfügig überarbeitet. Rechtsprechung, Literatur und aktuelle Entwicklungen wurden bis Ende September 2020 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Alexander Hellgardt, LL.M. (Harvard), für die exzellente Betreuung dieser Arbeit, den umfassenden fachlichen Austausch sowie die zügige Erstellung des Erstgutachtens. Herrn Prof. Dr. Michael Heese, LL.M. (Yale), danke ich für die rasche Anfertigung des Zweitgutachtens.

Zudem möchte ich die Gelegenheit nutzen, den Herren Rechtsanwälten Robert Kramer, Dr. Timo Bernau und Andreas Heinzmann, LL.M., stellvertretend für die gesamte Praxisgruppe Banking und Finance der Rechtsanwaltskanzlei GSK Stockmann herzlich für ihre Unterstützung sowie wertvolle Einblicke in die Verbriefungspraxis, welche ich im Rahmen meiner promotionsbegleitenden Tätigkeit an den Standorten München und Luxemburg gewinnen konnte, zu danken. Ebenso danke ich Herrn Dr. Tobias Bachmeier, LL.M. (Edinburgh), für die gemeinsamen Diskussionen und konstruktiven Anregungen zu dieser Arbeit.

Besonderer Dank gebührt meinen Eltern, meinem Bruder und meinen Großeltern für ihre stets uneingeschränkte Unterstützung während meiner gesamten juristischen Ausbildung und darüber hinaus. Mein herzlicher und persönlicher Dank gilt meiner Freundin Stephanie Pfaller für ihre hilfreichen Anmerkungen zu dieser Arbeit und ihre unentwegte Unterstützung.

München, im November 2020

Martin Freytag

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1 Einleitung	25
A. Der Verbriefungsmarkt nach der Finanzkrise	25
B. Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen als Kern der Bearbeitung	29
C. Verbriefungsdefinition und Begrifflichkeiten	31
D. Gang der Untersuchung	34
1. Teil. Grundlagen der True Sale Verbriefung	35
§ 2 Das Instrument der True Sale Verbriefung	35
A. Grundstruktur und Funktionsweise	35
B. Abgrenzung zu anderen Arten von Verbriefungen	38
I. Synthetische Verbriefung	39
II. Whole Business Securitization	40
C. Vor- und Nachteile von Verbriefungen	41
I. Bedeutung für Originatoren	41
1. Liquidität durch Fremdkapitalfinanzierung	41
2. Günstigere Finanzierungskonditionen	43
3. Bilanzielle Effekte	45
4. Aufsichtsrechtlicher Nutzen für Kreditinstitute	47
5. Weitere Vorteile von Verbriefungen	48
II. Bedeutung für Investoren	51
III. Bedeutung für die Finanzwirtschaft	53
IV. Makroökonomische Bedeutung für Finanzmärkte und Volkswirtschaften	53
V. Nachteile und Risiken von Verbriefungen	54
D. Parteien einer True Sale Verbriefung	56
I. Originator	56
II. Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle – SPV)	58
III. Treuhänder	59

Inhaltsverzeichnis

IV. Rating-Agenturen	61
V. Sonstige Parteien	63
E. Verbriefungsgegenstände	65
I. Anforderungen an Verbriefungsgegenstände	66
1. Rechtliche Anforderungen an Verbriefungsgegenstände (Verität)	66
2. Wirtschaftliche Anforderungen an Verbriefungsgegenstände (Bonität)	69
3. Technische Anforderungen an die Forderungsübertragung	72
II. Verbriefungsgegenstände (Assets)	73
F. Bonitätsverbesserung (Credit Enhancement)	75
G. Refinanzierung des SPV	80
I. Schuldverschreibungen mit mittel- und langfristiger Laufzeit	80
II. Schuldverschreibungen mit kürzerer Laufzeit (Short-Term Notes, z.B. Asset Backed Commercial Papers)	82
III. Sonstige Schuldtitel	83
IV. Unmittelbare Beteiligung am SPV	85
V. Innovative Refinanzierung durch digitale Wertrechte	86
VI. Exkurs: Refinanzierung durch elektronische Wertpapiere	88
VII. Zwischenfazit	90
H. Abgrenzung der True Sale Verbriefung zu anderen Finanzierungsinstrumenten	91
I. Echtes Factoring / Forfaitierung	92
II. Pfandbriefe / Gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bonds)	93
§ 3 Analyse der Struktur von True Sale Verbriefungen	96
A. Vermögensstruktur von True Sale Verbriefungen	96
I. Vermögensstruktur einer True Sale Verbriefung	96
II. Risiko einer Vermögenskonsolidierung	98
1. Insolvenzrechtliche Vermögenskonsolidierung	98
2. Konzernrechtliche Vermögenskonsolidierung	102
3. Gesellschaftsrechtliche Vermögenskonsolidierung	104
4. Finanzaufsichtsrechtliche Vermögenskonsolidierung	104
5. Zivilrechtliche Vermögenskonsolidierung	105

6. Zwischenergebnis	106
B. Risikostruktur von True Sale Verbriefungen	106
I. Wesentliche Risiken einer True Sale Verbriefung	107
II. Analyse der Risikostruktur	109
C. Regulierung von True Sale Verbriefungen	111
I. Parteibezogene Regulierung	112
1. Unionsrechtliche Regulierung	112
2. EU-Verbriefungsverordnung	114
3. Nationale Regulierung	116
4. Soft Law	117
II. Transaktionsbezogene Regulierung	117
III. Analyse der Regulierung	118
D. Ergebnis	120
§ 4 Das Spannungsverhältnis zwischen True Sale Verbriefungen und Investmentfonds	122
A. True Sale Verbriefungen als Investmentvermögen?	122
B. Rechtsfolgen einer Anwendbarkeit des KAGB	127
C. Ausnahme von Verbriefungszweckgesellschaften	129
I. Begriff der Verbriefungszweckgesellschaft	129
II. Auslegung der Verweisung in § 1 Abs. 19 Nr. 36 KAGB	131
III. Umfang der Bereichsausnahme für Verbriefungszweckgesellschaften	133
1. Verbriefungsdefinition der EZB-VO 2013	134
2. Restriktive Auslegung der Verbriefungsdefinition der EZB-VO 2013?	135
3. Voraussetzungen des Verbriefungsbegriffs der EZB- VO 2013	137
a) Ausgabe von Finanzierungsinstrumenten durch eine Verbriefungszweckgesellschaft	138
b) Übertragung von Sicherheiten, Sicherheitenpools, Kreditrisiken oder Versicherungsrisiken durch den Originator auf die Verbriefungszweckgesellschaft	140
(1) Kreditrisiken	140
(2) Sicherheiten	144
(3) Zwischenergebnis	148

Inhaltsverzeichnis

c) Keine Zahlungsverpflichtung des Originators aus den Finanzierungsinstrumenten	149
d) Zwischenergebnis	149
4. Voraussetzungen einer Verbriefungszweckgesellschaft	150
IV. Zwischenergebnis	150
D. Ergebnis	151
2. Teil. Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen de lege lata	153
§ 5 Bausteine der Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen	153
A. Insolvenzsichere Übertragung der Forderungen (True Sale)	154
I. Bedeutung des True Sale Erfordernisses	154
II. Zivilrechtlicher True Sale	155
1. Anwendung der Grundsätze des BGH zum echten Factoring (u.a. Arlt, Klüwer, Linkert, Willburger)	155
2. Kriterium der Endgültigkeit (Geiger)	157
3. Einordnung des True Sale als Kaufvertrag (Ch. Weber)	158
4. Stellungnahme	160
III. Bilanzrechtlicher True Sale	162
IV. Insolvenzrechtlicher True Sale	164
V. Insolvenzsichere Ausgestaltung durch das Refinanzierungsregister	166
VI. Zwischenergebnis	167
B. Die insolvenzferne und -feste Ausgestaltung des SPV	169
I. Bedeutung der insolvenzfesten und -fernen Ausgestaltung des SPV	169
II. Anforderungen an ein SPV als Verbriefungszweckgesellschaft	170
1. Allgemeine Grundlagen	170
2. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	172
3. Aufsichtsrechtliche Regulierung	173
4. Steuerrechtliche Einordnung	175
5. Verbriefungsspezifische Anforderungen	176
III. Stellungnahme	177
C. Einbindung eines Treuhänders	179

D. Zusammenfassung und Bedeutung für den weiteren Gang der Bearbeitung	181
§ 6 Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen nach luxemburgischem Recht	184
A. Das luxemburgische Verbriefungsgesetz	184
B. Vermögenstrennung zwischen Originator und SPV durch True Sale	185
C. Vermögenstrennung durch Einbindung eines treuhänderischen Verwalters	186
D. Vermögenstrennung auf Ebene des SPV durch Verwendung von Teilvermögen	186
I. Inhalt der gesetzlichen Regelung	186
II. Zweck der gesetzlichen Regelung	188
III. Gesellschaftsrechtliche Einordnung der Compartments	188
IV. Bilanzierung	194
V. Liquidation und Insolvenz	194
E. Vermögenstrennung auf Ebene des SPV durch solvenzsichernde Klauseln	198
I. Beschränkung der Ansprüche (limited recourse)	198
II. Insolvenzantragsverzicht (non petition)	202
III. Nachrangvereinbarung (subordination) / Wasserfallstruktur (waterfall)	204
F. Analyse der Struktur der Vermögenstrennung nach luxemburgischem Recht	206
G. Rechtsvergleichende Erkenntnisse	208
§ 7 Insolvenzferne Ausgestaltung des SPV als Baustein der Vermögenstrennung bei True Sale Verbriefungen nach deutschem Recht de lege lata	210
A. Grundlagen der insolvenzfernen Ausgestaltung des SPV	211
I. Regelungszweck und Anknüpfungspunkte	211
II. Inhaberteilschuldverschreibungen als Ausgangslage	212
III. Anwendbarkeit des AGB-Rechts	213
1. Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf Anleihebedingungen	213
a) Adressaten der Anleihebedingungen	213

Inhaltsverzeichnis

b)	Anleihebedingungen als allgemeine Geschäftsbedingungen (§ 305 Abs. 1 BGB)	215
(1)	Eigenemission	216
(2)	Fremdemission	220
(3)	Zwischenfazit	223
c)	Einbeziehung der Anleihebedingungen	223
d)	Kein Ausschluss des AGB-Rechts (§ 310 Abs. 4 Satz 1 BGB)	224
e)	Anwendbarkeit der Transparenzkontrolle (§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB, § 3 SchVG)	225
2.	Anwendbarkeit des AGB-Rechts auf sonstige Schuldverhältnisse	226
3.	Zwischenergebnis	226
IV.	Vergleichbarkeit zur vorinsolvenzlichen Sanierung	227
B.	Insolvenzferne Ausgestaltung durch Tranchierung (subordination) und Wasserfallstruktur (waterfall)	228
I.	Gegenstand und Zweck der Regelung	229
II.	Dogmatische Analyse	231
III.	Eignung zur Förderung der Insolvenzferne?	238
C.	Insolvenzferne Ausgestaltung durch Patronatserklärung	240
D.	Insolvenzferne Ausgestaltung durch Beschränkung der Ansprüche gegen das SPV	242
I.	Gegenstand und Zweck der Anspruchsbeschränkung	243
II.	Anknüpfungspunkte der Anspruchsbeschränkung	248
III.	Einordnung als Haftungsbeschränkung	249
IV.	Dogmatische Analyse der Anspruchsbeschränkung	251
1.	Primäre Beschränkung bei unzureichender Liquidität des SPV	251
a)	Erlass	252
b)	Beschränkung des Umfangs des Anspruchs	253
c)	Stundung	254
d)	Stillhalteabkommen (pactum de non petendo)	256
e)	Umwandlung in Naturalobligation	258
f)	Zwischenergebnis	261
2.	Sekundäre Beschränkung bei Fehlen von liquidierbarem Vermögen	262
3.	Einstufige Beschränkung	264
4.	Zwischenergebnis	265

V. Rechtliche Würdigung	265
1. Überraschende Klausel (§ 305c BGB)	266
2. Verstoß gegen das Transparenzgebot	269
a) Transparenzkontrolle (§ 3 SchVG)	269
b) Transparenzkontrolle (§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB)	271
3. Unangemessene Benachteiligung der Investoren	272
a) Kontrollmaßstab	273
b) Unangemessene Benachteiligung	278
(1) Verstoß gegen ein Klauselverbot (§§ 309, 308 BGB)	279
(2) Vermutung einer unangemessenen Benachteiligung (§ 307 Abs. 2 BGB)	280
(3) Unangemessene Benachteiligung der Investoren (§ 307 Abs. 1 Satz 1 BGB)	283
(a) Ermittlung der Interessenlage	284
(b) Abwägung der Interessen	286
(4) Zwischenergebnis	295
4. Unangemessene Benachteiligung der sonstigen Vertragspartner	296
a) Kontrollmaßstab	296
b) Unangemessene Benachteiligung	298
5. Allgemeine Schranken des Schuldrechts	307
6. Zwischenergebnis	309
E. Insolvenzferne Ausgestaltung des SPV durch Beschränkung der Durchsetzbarkeit der Ansprüche	310
I. Zweck und Gegenstand der Beschränkung	310
II. Dogmatische Einordnung	313
1. Vollstreckbarkeitsbeschränkung	313
2. Klagbarkeitsbeschränkung	317
III. Rechtliche Würdigung	320
1. Prozessuale Zulässigkeit	320
a) Vollstreckbarkeitsbeschränkung	320
b) Klagbarkeitsbeschränkung	323
2. Besondere Schranken des AGB-Rechts	326
a) Überraschende Klausel (§ 305c BGB)	326
b) Verstoß gegen das Transparenzgebot (§ 307 Abs. 1 Satz 2 BGB, § 3 SchVG)	329
c) Unangemessene Benachteiligung der Investoren	330
(1) Kontrollmaßstab	330

Inhaltsverzeichnis

(2) Verstoß gegen ein Klauselverbot (§§ 309, 308 BGB)	331
(3) Vermutung einer unangemessenen Benachteiligung (§ 307 Abs. 2 BGB)	333
(4) Unangemessene Benachteiligung (§ 307 Abs. 1 Satz 1 BGB)	334
(5) Zwischenergebnis	341
d) Unangemessene Benachteiligung der sonstigen Vertragspartner	341
e) Zwischenergebnis	345
3. Allgemeine Schranken des Schuldrechts	346
4. Zwischenergebnis	346
F. Insolvenzfremde Ausgestaltung des SPV durch Beschränkung der Insolvenzantragsstellung	348
I. Zweck und Gegenstand der Beschränkung	348
II. Dogmatische Einordnung	351
III. Rechtliche Würdigung	353
1. Insolvenzrechtliche Zulässigkeit	353
a) Zulässigkeit eines Ausschlusses des Insolvenzantragsrechts (§ 14 InsO)	354
b) Zulässigkeit eines Ausschlusses der Insolvenzantragspflicht (§ 15a InsO)	361
2. Besondere Schranken des AGB-Rechts	363
a) Überraschende Klausel (§ 305c BGB)	363
b) Verstoß gegen das Transparenzgebot (§ 307 Abs. 1 Satz BGB, § 3 SchVG)	366
c) Unangemessene Benachteiligung	367
(1) Meinungsstand	367
(2) Unangemessene Benachteiligung der Investoren	369
(a) Kontrollmaßstab	369
(b) Verstoß gegen ein Klauselverbot (§§ 309, 308 BGB)	370
(c) Vermutung einer unangemessenen Benachteiligung (§ 307 Abs. 2 BGB)	372
(d) Unangemessene Benachteiligung der Investoren (§ 307 Abs. 1 Satz 1 BGB)	373
(e) Zwischenergebnis	380
(3) Unangemessene Benachteiligung der sonstigen Vertragspartner	381

d) Zwischenergebnis	384
3. Allgemeine Schranken des Schuldrechts	384
4. Zwischenergebnis	387
G. Gesamtbetrachtung der insolvenzfernen Ausgestaltung	388
H. Ergebnis und Schlussfolgerung	392
3. Teil. Das Recht der True Sale Verbriefungen de lege ferenda	397
§ 8 Regulierung der Vermögenstrennung bei True Sale	
Verbriefungen de lege ferenda	397
A. Analyse der Rechtslage de lege lata	397
B. Erforderlichkeit einer Regulierung	399
C. Ausgestaltung und Bewertung einzelner Regulierungsansätze	404
I. Analogie zum Regelwerk für gedeckte Schuldverschreibungen	404
II. Änderung des Investmentrechts	405
III. Partielle Gesetzesänderungen für Verbriefungen	407
IV. Deutsches Verbriefungsgesetz	408
V. Unionsrechtlicher Rahmen für Verbriefungen	411
VI. Rechtsrahmen für eine europäische (Verbriefungs-) Zweckgesellschaft	415
D. Ergebnis	417
§ 9 Zusammenfassung und Ausblick	420
A. Thesen der Arbeit	420
B. Ausblick	422
Literaturverzeichnis	429

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere/anderer Ansicht
ABCP	Asset-Backed Commercial Paper
ABS	Asset-Backed Securities; Asset-Backed Securitization (je nach Kontext)
ABl.	Amtsblatt
ABS	Asset-Backed Securities
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift), Aktiengesellschaft (Rechtsform)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AIF	Alternative Investment Fund, Alternativer Investmentfonds
AIFM	Alternative Investment Fund Manager, Verwalter alternativer Investmentfonds
AIFMD	Alternative Investment Fund Manager Directive
AIFM-RL	Richtlinie 2011/61/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 (ABl. L 174 v. 1.7.2011, S. 1)
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Banken-RL	Richtlinie 2006/48/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 14.6.2006 (ABl. L 177 v. 30.6.2006, S. 1)
BankR	Bankrecht

Abkürzungsverzeichnis

BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckOGK	beck-online.GROSSKOMMENTAR
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I, II	Bundesgesetzblatt Teil I und Teil II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMJ	Bundesministerium für Justiz
BMJV	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review
CBO	Collateralized Bond Obligation
CDO	Collateralized Debt Obligation
CDS	Credit Default Swap
CESifo	Zusammensetzung aus Center for Economic Studies und ifo
CLN	Credit-linked Note
CLO	Collateralized Loan Obligation
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities
Co.	Compagnie (als Zusatz zur Gesellschaftsform als Hinweis auf weitere Gesellschafter)
CP	Commercial Paper
CRD	Capital Requirement Directive
CRR	Credit Requirement Regulation
CSSF	Commission de Surveillance du Secteur Financier
d.	der/die/das/dem/des

DB	Der Betrieb
DepotG	Depotgesetz
DSGVO	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DSGVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
Duke J. of Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative & International Law
DVO	Delegierte Verordnung
DVO AIFM-RL	Delegierte Verordnung (EU) Nr. 231/2013 der Kommission vom 19. Dezember 2012 (ABl. L 83 v. 22.3.2013, S. 1)
EBA	European Banking Authority
ECB	European Central Bank
EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
Einl.	Einleitung
EL.	Ergänzungslieferung
ErwGr	Erwägungsgrund
ESAs	European Supervisory Authorities; Europäische Aufsichtsbehörden; EBA, ESMA und EIOPA (European Insurance and Occupational Pensions Authority)
ESMA	European Securities and Markets Authority
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuInsVO	Europäische Insolvenzverordnung
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
eWpG	Gesetz zur Einführung von elektronischen Wertpapieren
EZB	Europäische Zentralbank
EZB-VO 2008	Verordnung (EG) Nr. 24/2009 der Europäischen Zentralbank vom 19. Dezember 2008 (ABl. L 15 v. 20.1.2009, S. 1)
EZB-VO 2013	Verordnung (EU) Nr. 1075/2013 der Europäischen Zentralbank vom 18.10.2013 (ABl. L 297 v. 7.11.2013, S. 107)
f.	folgender
FAQ	Frequently Asked Questions
ff.	fortfolgende

Abkürzungsverzeichnis

FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
Fn.	Fußnote
Frankfurt a.M.	Frankfurt am Main
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewStDV	Gewerbsteuer-Durchführungsverordnung
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	GmbH-Gesetz
Habil.	Habilitation
HdB	Handbuch
HFA	Hauptfachausschuss
HGB	Handelsgesetzbuch
HK-InsO	Hamburger Kommentar zur Insolvenzordnung
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
IAS	International Accounting Standards
ICLG	The International Comparative Legal Guide
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS	Stellungnahme zur Rechnungsregelung des IDW
InsO	Insolvenzordnung
InsR	Insolvenzrecht
IRZ	Zeitschrift für internationale Rechnungslegung
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
IStR-LB	Internationales Steuerrecht-Länderbericht
i.V.m.	in Verbindung mit
J.	Journal
JC	Joint Committee
J.I.B.L.R.	Journal of International Banking Law & Regulation
jurisPR-BKR	Juris PraxisReport Bank- und Kapitalmarktrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung

KAGB	Kapitalanlagegesetzbuch
Kap.	Kapitel
KG	Kommanditgesellschaft, Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KMU	Kleines oder mittleres Unternehmen
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen; Zeitschrift für alle Fragen des Konkurs-, Vergleichs- und Treuhandwesens sowie der Zwangsversteigerung und -verwaltung
KWG	Kreditwesengesetz
L.	Law
LG	Landgericht
lit.	littera
L. Rev.	Law Review
LuxVerbrG	Luxemburgisches Verbriefungsgesetz
MAR	Market Abuse Regulation
MBS	Mortgage Backed Securities
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MüKo-GmbHG	Münchener Kommentar zum GmbH-Gesetz
MüKo-HGB	Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch
MüKo-InsO	Münchener Kommentar zur Insolvenzordnung
MüKo-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozessordnung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N°	Nummer
NIBLeJ	Nottingham Insolvency and Business Law e-Journal
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift-Rechtsprechungs-Report
No.	Nummer
NPL	Non Performing Loans
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht

Abkürzungsverzeichnis

OGAW	Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere
OLG	Oberlandesgericht
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PRIP	Packaged Retail and Insurance-based Investment Product, verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte
PwC	PriceWaterhouseCoopers
Q&A	Questions & Answers
Rating-VO	Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 vom 16.9.2009 (ABl. L 302 v. 17.11.2009, S. 1)
RdF	Recht der Finanzinstrumente
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RefE	Referentenentwurf
RegE	Regierungsentwurf
Rev.	Review
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RL	Richtlinie
RMBS	Residential Mortgage Backed Securities
Rn.	Randnummer
Rpflger	Der Deutsche Rechtspfleger
Rspr.	Rechtsprechung
Rz.	Randziffer
S.	Seite
S.A.	société anonyme
S.à.r.l.	société à responsabilité limitée
S.C.A.	société en commandite par actions
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz
S.C.O.S.A.	société cooperative organisée comme une société anonyme (Genossenschaft in der Rechtsform einer AG)
SE	Societas Europaea, Europäische Aktiengesellschaft
sog.	sogenannt(e/n)
SolvV	Solvabilitätsverordnung
SPV	Special Purpose Vehicle
Stan. J. L. Bus. & Fin.	Stanford Journal of Law, Business and Finance
StGB	Strafgesetzbuch

StRspr	ständige Rechtsprechung
STS	Smart Transparent Simple
TSI	True Sale Initiative, True Sale International (je nach Kontext)
u.a.	unter anderem
UG	Unternehmergesellschaft
US	United States, Vereinigte Staaten
USA	United States of America, Vereinigte Staaten von Amerika
USD	US-Dollar
UStG	Umsatzsteuergesetz
v.	vom/von
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VermAnlG	Vermögensanlagegesetz
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
Yale ICF	Yale International Center for Finance
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZeUP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
zfbf	Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenz- und Sanierungsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung

